

Fördergeld für „Overberghaus“ beantragt

BZ Bericht vom 20.02.2016

Deutliches Votum im Rat zum Antrag für das Projekt / SPD kritisiert Vorgehen

Von Hubert Konert

REKEN. Der Rat der Gemeinde Reken hat am Donnerstag einen Förderantrag zum Sonderprogramm des Landes NRW „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ auf den Weg gebracht. 20 Politiker stimmten mit Ja, vier mit Nein.

Um Städte und Gemeinden bei der Integration von Flüchtlingen zu unterstützen, hatte das Land den Kommunen zusätzlich 72 Millionen Euro zur Verfügung (die BZ berichtete).

Kommunen konnten sich bis zum 19. Februar bewerben.

Grundlage des Rekener Antrags ist ein städtebauliches Strategiekonzept des Büros Farwick und Grote. Das hatte die Gemeinde beauftragt. Das Konzept thematisiert die Umnutzung des Gebäudes, das künftig Overberghaus heißen soll, sowie die Neugestaltung des Außenbereichs der auslaufenden Overbergschule.

Bürgermeister Manuel Deitert sagte im Rat, das Konzept enthalte „spannende Ideen“. Eine ist, die Buslinie R73 über die Schulstraße rollen zu lassen. Dafür müsse die Skulptur der Waschweiber ein Stück versetzt werden, damit die Busse herum kommen, hieß es.

„Wir tragen das Konzept vollständig mit“, sagte Alfred Mensing (CDU). So werde der ÖPNV besser angebunden. Mit dem Konzept verbessere man die Chancen, den Zuschlag des Landes zu bekommen.

Die SPD votierte mit Nein. „Ich sehe mich nicht in der Lage, über das Strategiekonzept qualifiziert zu sprechen“, sagte Andreas Zander (SPD). Erst am Abend vorher habe man das Konzept bekommen. Dabei hätte man die Politik schon im Januar einbinden können, so der Sozialdemokrat. Die SPD halte es für falsch, die Michaelschule räumlich von der offenen Ganztagschule zu trennen. Schon jetzt habe man Probleme mit dem Verkehr in der Overbergstraße „Es kann nicht sein, dass wir das Konzept erst einen Tag vorher bekommen“, ärgerte sich Hermann Dreischenkemper (Bündnis 90/Die Grünen). Andere Kommunen nutzten für Meinungsbildungsprozesse einen Ältestenrat.

„Das ist hier keine Diktatur“, wehrte sich Bürgermeister Deitert gegen die Kritik. Die Verwaltung habe intensiv gearbeitet. „Ich lege die Beschlussempfehlungen vor, und sie entscheiden, ob sie zustimmen oder nicht“, betonte Deitert energisch. Das sei ein ganz normaler demokratischer Prozess. Es sei „totaler Quatsch“, wenn suggeriert werde, er sei gegen einen Ältestenrat, sagte Deitert.

Schützenhilfe bekam der Bürgermeister von CDU-Fraktionschef Mensing. Die Politik sei umfassend in den Haushaltsberatungen eingebunden worden, meinte er.

„Wir sind in einer Zwickmühle“, bekannte Ludger Pierick (UWG). Aber die Chance, 800.000 Euro vom Land als Förderung für das Projekt zu bekommen, gebe den Ausschlag für das Ja zum Antrag.

.| Ihr Kontakt zum Autor:

konert@borkenerzeitung.de